



weed



Gute Arbeit unter Druck

Auswirkungen der
EU-Freihandelspolitik auf Beschäftigung
und Arbeitsbedingungen

Christina Deckwirth

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development

Impressum

Gute Arbeit unter Druck

Auswirkungen der EU-Freihandelspolitik auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen

Autorin:
Christina Deckwirth

Redaktion:
Peter Fuchs, Nicola Jaeger
Uwe Wötzel

Titelfoto:
Gewerkschaftsdemo 1999
in Seattle, Peter Fuchs

Herausgeber:
Weltwirtschaft, Ökologie
& Entwicklung - WEED e.V.
Eldenaer Str. 60
D-10247 Berlin
Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 - 21 63
Fax: +49 - (0)30 - 27 59 - 69 28
weed@weed-online.org
www.weed-online.org

ver.di - Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesverwaltung
Ressort 1, Politik und Planung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel.: +49 - (0)30 - 69 56 - 0
Fax: +49 - (0)30 - 69 56 - 31 41
info@verdi.de
www.verdi.de

Layout: WARENFORM
kommunizieren & gestalten

Druck: Pegasus Druck und Verlag,
Druckerei Bunter Hund

Schutzgebühr: EUR 2,00
(Mitglieder: EUR 1,50)

ISBN: 978-3-937383-65-1

Berlin, 2010



Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung der Herausgeber und können unter keinen Umständen als Standpunkt der Europäischen Union gesehen werden.

Inhalt

1. Die globale Arbeitswelt.....	4
2. „Freihandel“ wirkt auf die Arbeitsmärkte	5
3. „Global Europe“: Die Europäische Union auf Freihandelskurs... 8	
3.1 Liberalisierung im Binnenmarkt: Die EU setzt auf Sozialdumping ..	9
3.2 Liberalisierung in anderen Weltregionen:	
Aggressiv neue Märkte erobern	12
4. Neuorientierung der Handelspolitik:	
Gute Arbeit statt Standortkonkurrenz!	16
Literatur	18

GELD IST NICHT ALLES.

ZENSUR



Damit in unseren Publikationen alles steht,
was wichtig ist. **SPENDEN Sie für WEED**

Diese Broschüre ist nur für Sie kostenlos. Aber die Autoren, unser Büro und die Druckkosten müssen bezahlt werden. Kritische Informationen sind nie kostenlos. WEED benötigt Ihre finanzielle Unterstützung, um weiterhin kritische und unbequeme Broschüren und Hintergrundtexte erstellen zu können. Ihre Spende für WEED ist steuerlich absetzbar, denn wir sind ein gemeinnütziger Verein. Auf <http://www.weed-online.org/about/spenden.html> können Sie bequem online spenden.

Besser als spenden: Werden Sie WEED-Mitglied!

Als Mitglied helfen Sie, dass WEED politisch unabhängig, kritisch und unbequem bleibt. Darüber hinaus informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit, über politische Ereignisse, Entscheidungen und Hintergründe in der Nord-Süd- und Umweltpolitik. Sie erhalten monatlich den Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, ca. 4 – 6 Sonderdienste zu Spezialthemen, sowie einen Mitglieder-Rabatt auf alle Publikationen. Als WEED - Mitglied sind Sie vernetzt mit Aktiven und Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen.

Sie möchten Mitglied werden? Einfach den unten stehenden Coupon ausfüllen und an: WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin senden.

Ja, ich möchte WEED - Mitglied werden! Die Mitgliedschaft beginnt am: 01. _____ 200____, ich zahle:

- 10,40 EUR pro Monat - Standard-Beitrag (124 EUR pro Jahr)
- 5,20 EUR pro Monat ermäßigt (62 EUR pro Jahr) - für StudentInnen, Arbeitslose, etc.
- 300,- EUR pro Jahr Förder-Beitrag (d.h. ich erhalte automatisch jede neue WEED-Veröffentlichung kostenlos, zu allen öffentlichen Veranstaltungen von WEED werde ich persönlich eingeladen.)
- Ich unterstütze WEED zusätzlich, indem ich jährlich _____ spende.

Zahlungsweise: jährlich halbjährlich (nur bei vorliegender Einzugsermächtigung)

Ich erteile WEED bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung für den Mitgliedsbeitrag:

Name der Bank: _____ Konto-Nr.: _____ Bankleitzahl: _____

- Ich bin damit einverstanden, die Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail zu erhalten.
- Ich möchte den Informationsbrief W&E zusätzlich zur gedruckten Ausgabe als PDF per E-Mail erhalten.
- Mir genügt es, den Informationsbrief W&E nur als PDF per E-Mail zu erhalten.

Name, Vorname: _____ Straße, Hausnummer: _____

Postleitzahl, Ort: _____ E-Mail: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

4

1. Die globale Arbeitswelt

Weltweite Unsicherheiten in
einer liberalisierten Arbeitswelt

Barbara Schmitz arbeitet als Krankenschwester. Seit das bisher kommunale Krankenhaus privatisiert wurde und von einem der großen Krankenhauskonzerne aufgekauft wurde, haben sich die Arbeitsbedingungen rapide verschlechtert. Sie muss nun mehr Patientinnen und Patienten am Tag versorgen und leidet daher unter der hohen Arbeitsbelastung. Für ein paar aufmunternde Worte für die Kranken und eine kurze Verschnaufpause zwischendurch bleibt da keine Zeit mehr – stattdessen fühlt sie sich häufig selbst krank. Ahmed Oclan hat bis vor kurzem bei Opel gearbeitet. Er war dort als Leiharbeiter eingesetzt. Als Opel im Zuge der Krise der Automobilindustrie unter Druck geriet, wurden die Leiharbeiter als erstes entlassen. Bislang hat er noch keine neue Anstellung gefunden. Nun weiß Oclan nicht, wie er seine Familie ernähren soll. Kathrin Meierfeld arbeitet in der Medienbranche. Sie hangelt sich von einem befristeten Arbeitsvertrag zum nächsten. Zeitweise arbeitet sie sogar nur auf Honorarbasis und hat dabei nie eine Sicherheit, ob sie weiter beschäftigt wird, obwohl ihre Arbeit doch eigentlich gebraucht wird. Doch das Unternehmen muss sich in der Konkurrenz bewähren und spart besonders beim Personal – und durch die Wirtschaftskrise scheint sich die Situation noch verschärft zu haben.

Auf der anderen Seite des Globus verdingt sich Ranja Sharma ein kleines Einkommen als Straßenverkäuferin in Indien. Sie verkauft Erdnüsse, die eigentlich immer sehr begehrt waren. Doch mittlerweile gerät der Straßenverkauf durch ausländische Einzelhandelsunter-

nehmen unter Druck. Sie wird immer häufiger von ihrem Platz vertrieben und stellt fest, dass ihre Kunden lieber die abgepackten Erdnüsse aus dem Supermarkt kaufen, denn dort sind sie billiger und sehen sauberer aus. Damit droht sie ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie zu verlieren. John Mwemba arbeitet als Milchbauer in Sambia. Noch kann er gut von seiner Arbeit leben, aber seine Regierung verhandelt gerade mit der EU über ein neues Handelsabkommen. Bald könnte billiges Milchpulver aus Europa den lokalen Markt zerstören, so dass er sich Sorgen um seine Zukunft macht.

Diese Geschichten stehen beispielhaft für die Arbeitswelt in der globalisierten Welt. Doch heißt es nicht immer, Globalisierung und Liberalisierung würden vor allem mehr Wohlstand und neue Arbeitsplätze bringen? Die Realität sieht allzu häufig anders aus. Während in den letzten Jahrzehnten die Weltmärkte kräftig liberalisiert wurden und die positiven Wirkungen dieser Politik angepriesen wurden, haben Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, können von ihrer Arbeit nicht mehr leben oder leiden unter schlechten Arbeitsbedingungen. Diese Entwicklung verläuft nicht einheitlich. In asiatischen Ländern entstanden beispielsweise Millionen neuer Arbeitsplätze in unterschiedlicher Qualität. Die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Weltarbeitsmarktlage dramatisch verschärfen. Was hat dies nun mit Globalisierung, Freihandel und Liberalisierungspolitik zu tun?

2. „Freihandel“ wirkt auf die Arbeitsmärkte

Liberalisierung bedeutet eigentlich, dass mehr „Freiheit“ zugelassen wird. Das klingt zunächst positiv. In der Handels- und Investitionspolitik wird allerdings einseitig mehr „Freiheit“ für Konzerne und nicht für die Mehrheit der Menschen geschaffen. Das bedeutet, dass Regierungen im Namen der Standortsicherung sich vor allem auf die Interessen von großen, insbesondere transnationalen Unternehmen ausrichten. Um möglichst viele ausländische Investitionen anzuziehen oder Abwanderungen zu vermeiden, unterbieten sich die Staaten bei Löhnen, Arbeitsstandards und Unternehmenssteuern. Im Rahmen von Freihandelsabkommen verpflichten sich Regierungen dazu, ihre Handlungsmöglichkeiten zur Regulierung ihrer Außenwirtschaftspolitik zu beschneiden. Der Einsatz bestimmter Auflagen für ausländische Unternehmen oder Maßnahmen zum Schutz beschäftigungsintensiver Branchen vor einer Importkonkurrenz werden dadurch erschwert. Dadurch erhalten transnationale Unternehmen mehr Macht: Sie

können vermehrt auf der ganzen Welt nach den für sie günstigsten Standortbedingungen Ausschau halten – frei nach dem Motto: Wo sind die Löhne am niedrigsten? Wo sind die Auflagen zum Schutz der Beschäftigten gering? Es entsteht ein globaler Standortwettbewerb, der über Lohnsenkungen und Abbau von Sozialstandards auf dem Rücken der Beschäftigten und der Armen getragen wird. Dennoch: Standortverlagerungen finden nicht immer tatsächlich statt, da sie für die Unternehmen mit Risiken und hohen anfänglichen Kosten verbunden sind. So dient die Warnung vor der Produktionsverlagerung häufig vorrangig als Drohkulisse, um Löhne zu senken oder Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Letztlich bedeutet Freihandel oder eine Liberalisierung der Weltwirtschaft also, dass transnationalen Konzerne eine freie Bahn für ihre Expansionsinteressen geschaffen wird, während gleichzeitig Regulierungsmöglichkeiten zugunsten von guter Arbeit oder Klimaschutz beschnitten werden.

Standortgestaltung im Interesse transnationaler Unternehmen

Drastische Zahlen: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit weltweit

Zwischen den Jahren 1997 und 2009 nahm die Arbeitslosigkeit rasant zu: von 141 Millionen Beschäftigten auf 212 Millionen weltweit. Das gleiche gilt für die prekär Beschäftigten: Hier stieg die Zahl im gleichen Zeitraum von 1,34 auf 1,49 Mrd. Etwa 1,2 Milliarden Menschen können kaum von ihrer Arbeit leben: Sie verdienen weniger als zwei Dollar am Tag.¹ Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) könnten durch die anhaltende Wirtschaftskrise weitere 200 Millionen Beschäftigte in die extreme Armut getrieben werden, die Hälfte davon in Südostasien. Auch in den reichen Ländern werden nach Schätzungen der OECD weitere acht Millionen Menschen arbeitslos werden, womit die Anzahl der Arbeitslosen in diesen Ländern auf 42 Millionen im Jahr 2010 steigen würde. Allein in den USA wurden in den letzten drei Monaten des Jahres 2008 insgesamt 1,5 Millionen Arbeitsplätze gestrichen. Auch in der EU und in Deutschland sieht die Lage dramatisch aus: Die Arbeitslosenraten stiegen in der EU seit Mai 2008.² In Deutschland wirkte sich die Wirtschaftskrise erst mit Verspätung auf den Arbeitsmarkt aus: Die Arbeitslosenquote wächst erst seit November 2008. Diese Zahl verdeckt noch, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise erst mit Verspätung einsetzen werden und derzeit noch durch vorübergehende Maßnahmen wie staatlich geförderte Kurzarbeit in vielen EU-Staaten aufgefangen werden.

¹ Vgl. War on Want (2009): Taking Away Our Jobs. How free trade threatens employment around the world. War on Want/WEEED/WIDE: London, S. 3f.

² European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2009): Europe in recession: Employment initiatives at company and Member State level. Dublin, S. 1.

6

Billige Produktion auf
Kosten der Löhne und
Arbeitsbedingungen

Die Liberalisierung der Weltwirtschaft ist nicht die alleinige Ursache für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahrzehnten. Weitere Entwicklungen haben ihr übriges getan: Technologische Veränderungen steigerten die Produktivität, eine Umverteilungspolitik von unten nach oben schwächte die Nachfrage und durch neue Managementstrategien wurde die Arbeitsverdichtung im Betrieb erhöht. Der globale Standortwettbewerb wirkt als Verstärker dieser Prozesse: Wenn weltweit Staaten und Unternehmen um die niedrigsten und die billigsten Produkte konkurrieren, erhöht dies den Druck auf die Lohnkosten und die Arbeitsbedingungen enorm. So schreibt die Weltbank, die selbst die Liberalisierung des Welthandels gefördert hat, unter Rückgriff auf umfangreiche Daten und Studien: *„In Zeiten der Handelsliberalisierung [...] kann davon ausgegangen werden, dass der Abbau von Arbeitsplätzen schneller voranschreitet als die Schaffung von Arbeitsplätzen. Globalisierung kann daher mit höheren Arbeitslosenraten in Verbindung gebracht werden.“*³

Da erscheint es zynisch, wenn es weiterhin heißt: Wir brauchen mehr Frei-

handel! Oder auch: Wir müssen den Standortwettbewerb fördern! Als Reaktion auf die derzeitige Weltwirtschaftskrise wird zwar viel über eine Neuordnung oder auch „Re-Regulierung“ der Finanzmärkte gesprochen. Aber bei der Re-Regulierung der Handels- und Investitionsbeziehungen sieht es anders aus: Statt über neue globale Regeln zu beraten, wird vor einem neuen Protektionismus gewarnt, dem allein durch mehr Freihandel begegnet werden müsse. UnternehmerInnen, PolitikerInnen oder JournalistInnen brandmarken dabei all jene Maßnahmen als „protektionistisch“, die der Staat zum Schutz bestimmter Wirtschaftszweige einsetzt. Freihändlerische Politik dagegen, die zum Abbau von Arbeitsplätzen beigetragen hat, soll nun als Medizin zur Überwindung der Wirtschaftskrise eingesetzt werden. Das ähnelt schon fast den Rufen nach der Rettung des Finanzsystems durch die neoliberalen Politiker, die überhaupt erst zu den verheerenden Ausmaßen der Krise geführt haben. Nach einer sinnvollen Krisenlösung sieht das nicht aus.

³ Martín Rama: Globalization and Workers in Developing Countries. World Bank. Washington DC, 2003. Zitiert nach: War on Want (2009): S. 4.

Informelle Arbeit – Frauen sind besonders betroffen

Vor allem im globalen Süden, aber zunehmend auch in den reichen Ländern des Nordens ist die informelle Arbeit auf dem Vormarsch. Informell bedeutet hier, dass die Beschäftigten weder über reguläre Arbeitsverträge, noch über eine soziale Absicherung verfügen. Damit verbunden sind häufig eine fehlende gesellschaftliche Anerkennung der informellen Arbeit sowie eine mangelnde gewerkschaftliche Interessenvertretung. Ursache ist auch hier vor allem die Standortkonkurrenz in zunehmend liberalisierten Weltmärkten: Die Unternehmen wälzen den wachsenden Kostendruck auf die Beschäftigten ab und schaffen reguläre Stellen ab. Informelle Arbeitskräfte sind billiger und „flexibler“ einsetzbar. Dies wird dadurch erleichtert, dass Arbeitsrechte abgebaut oder nicht umgesetzt werden.

Frauen sind in der informellen Ökonomie überproportional repräsentiert. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO arbeiten fast zwei Drittel aller weiblichen Beschäftigten in Entwicklungsländern in der informellen Wirtschaft. Dort sind sie vor allem in der Heim- und Haushaltsarbeit sowie im Straßenhandel tätig. Im globalen Norden stellt die Teilzeitarbeit die häufigste Form informeller Beschäftigung für Frauen dar. MigrantInnen arbeiten vor allem im Bereich Haushalt und Pflege sowie als Sexarbeiterinnen.



Foto: www.flickr.com/photos/dey/96890089/

Es gibt mehrere Gründe, warum Frauen besonders häufig informell arbeiten. Die wichtigste Ursache liegt in der ungleichen Verteilung der reproduktiven Arbeit, also der Haus- und Pflegearbeit, zwischen den Geschlechtern. Wenn Frauen überwiegend für den Haushalt und die Kinderbetreuung zuständig gemacht werden, entscheiden sich viele für die Heimarbeit. Darüber hinaus herrschen in fast allen Ländern diskriminierende Einstellungspraktiken, die Frauen den Zugang zu formellen Arbeitsverhältnissen erschweren.

Schließlich fördert auch der Abbau von staatlichen Sozialleistungen die Informalisierung der Frauenarbeit. Dort, wo Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung privatisiert und damit teurer werden, fällt die derart entstehende Mehrarbeit meist auf Frauen – und hier zunehmend auf MigrantInnen – zurück.

(Quelle: Frauensolidarität 2008: FAQ. Arbeitsrechte für Frauen in der informellen Wirtschaft. Wien, S. 11ff.)

Die aggressive
Liberalisierungsstrategie
der EU

3. „Global Europe“: Die Europäische Union auf Freihandelskurs

Die Europäische Union ist eine der Haupttriebkkräfte der Liberalisierung der Weltwirtschaft. Schließlich sind über die Hälfte der 100 größten transnationalen Konzerne in der EU angesiedelt. Und diese drängen auf Marktzugang – sowohl um ihre Exporte abzusetzen (Handel), als auch um sich direkt vor Ort anzusiedeln oder bestehende Firmen ganz oder teilweise zu übernehmen (Investitionen). Dadurch sind sie nicht nur näher an neuen Kunden, sondern profitieren auch von günstigeren Standortbedingungen.

Aktuell bereitet die Europäische Union neue Liberalisierungsangriffe vor. Im Jahr 2006 legte die Europäische Kommission mit der **Global Europe-Strategie** ein Papier vor, mit dem sie ihre Handels- und Investitionspolitik neu definierte. Als Ziel formulierte sie darin, die Weltmarktstellung der EU gegenüber den aufsteigenden Schwellenländern, vor allem aus Asien, auszubauen. Unter dem Leitbild des „Global Europe“ strebt sie danach, die Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts EU“ zu stärken. Wettbe-

werbsfähigkeit bedeutet Standortlogik pur: Schließlich – so die Argumentation der Europäischen Kommission – kann die EU nur dann wettbewerbsfähig sein, wenn sie ihren eigenen Standort „optimiert“, also Schutzrechte für Beschäftigte oder Umweltstandards abbaut, und gleichzeitig auf weiteren Marktzugang in anderen Weltregionen drängt. Damit stellt die Global Europe-Strategie die Verbindung zwischen marktliberalen Reformen im europäischen Binnenmarkt und der europäischen Außenwirtschaftspolitik her. Im Kern geht es in der europäischen Liberalisierungspolitik folglich um zwei Dinge: *Erstens* sollen Konzernen im Binnenmarkt günstige Bedingungen geschaffen werden, damit sie im Heimatmarkt prosperieren. *Zweitens* sollen im Ausland Märkte geöffnet werden, damit europäische Unternehmen global expandieren können. Darüber hinaus soll der politische und regulative Einfluss weltmarktorientierter Unternehmen innerhalb und außerhalb Europas weiter gestärkt werden.

Exportweltmeister – Problem statt Lösung

Die deutschen Beschäftigten profitieren vom deutschen Exportboom – so eine häufig vertretene These. Ein genauerer Blick auf die wirklichen Kosten der deutschen Exportstrategie – immer höhere Exporte in immer mehr Länder – zeigt jedoch, dass dies nicht immer der Fall ist und mit strukturellen Problemen einhergeht. Export bedeutet auch Export der Nachfrage, gleichzeitig wird die Binnennachfrage vernachlässigt. Dies rächt sich nun in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Dennoch beharrt die Bundesregierung auf dieser Politik. Deutschland war immer schon ein exportorientiertes Land. Allerdings wurde dies in den letzten Jahren völlig überzogen. Deutschland wurde Weltmeister beim Warenexport. Zusammen mit den Dienstleistungen steigerten sich die Exporte bis zur Krise auf weit über 1.000 Milliarden Euro jährlich. Der Exportüberschuss, also die Differenz zwischen Ex- und Importen von Waren und Dienstleistungen, schnellte bis 2007 auf 170 Milliarden Euro hoch. Das war der höchste Überschuss der Nachkriegszeit. Seit 2000 wurden für insgesamt knapp eine Billion Euro mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland geliefert als von dort bezogen. Eine derartige Exportsteigerung wäre allein mit den guten und innovativen Produkten „Made in Germany“ nicht möglich gewesen. Die Unternehmen konnten sie darüber hinaus auch noch besonders preiswert auf den Weltmärkten anbieten. Hierzu hat der Druck auf die Lohnkosten massiv beigetragen. Die Regierung drängte mit der „Agenda 2010“ mehr und mehr Menschen in befristete und

prekäre Beschäftigung, in Minijobs und Leiharbeit. In der Folge gingen die Reallöhne in Deutschland zurück, während es in allen anderen EU-Ländern deutliche Zuwächse für die Beschäftigten gab. Kein Wunder also, dass deutsche Unternehmen immer mehr exportieren konnten. Die Kehrseite: Die Kaufkraft im Lande kam nicht vom Fleck, die Binnennachfrage stagnierte. Die Löhne werden in der Exportorientierung allein als Kostenfaktor und nicht als Nachfragekomponente wahrgenommen. Dadurch wird der Druck auf die Lohnkosten immer weiter erhöht, um die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Wirtschaft zu stärken.

Wie problematisch eine solche Entwicklung ist, zeigt sich mit besonderer Dramatik in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Aber bereits in der Vergangenheit waren das Wachstum und die Beschäftigung deutlich schlechter als in vergleichbaren Ländern.

Die Exporterfolge wurden mit einer verhängnisvollen Schwäche des Binnenmarktes erkaufte. Dauerhafte Exportüberschüsse sind nur möglich, wenn andere Länder dafür ständig mehr importieren als exportieren. Das bedeutet aber, dass der Wert ihrer Exporte nicht ausreicht, um die Importe zu bezahlen. Deshalb müssen sie sich bei jenen Ländern verschulden, die einen Exportüberschuss aufwiesen. Also bei Ländern wie Deutschland, China, Japan oder den Ölländern. Und wie im Fall der USA von Jahr zu Jahr mehr. Von der schuldenfinanzierten Nachfrage der USA haben Exportländer wie Deutschland massiv profitiert. Damit ist nun Schluss! Mit dem Platzen der Finanzblase brach die schuldenfinanzierte Nachfrage aus Ländern wie den USA, aber auch Spanien, Großbritannien und vielen anderen Ländern zusammen. Weltweit schrumpfen Absatzmärkte, die ganze Weltwirtschaft kommt ins Trudeln. Besonders betroffen sind Länder, die sich in hohem Maße von Exporten abhängig gemacht haben. Ganz vorne dabei ist der Exportjunkie Deutschland. Bundeskanzlerin Angela Merkel scheint dieses Problem noch nicht erkannt zu haben, wenn sie noch immer formuliert: „Ein generelles Umsteuern der deutschen Volkswirtschaft lehne ich ab. Mein Ziel ist es, dass das Land Exportweltmeister bleibt.“⁴

3.1 Liberalisierung im Binnenmarkt: Die EU setzt auf Sozialdumping

Die Europäische Union ist in ihrer derzeitigen Form vor allem auf die dynamische Entwicklung von Märkten und Wettbewerb ausgerichtet. Themen wie gute Arbeit und soziale Sicherung spielen dabei allenfalls eine Nebenrolle. Besonders deutlich wurde diese Entwicklung mit der **Lissabon-Strategie** aus dem Jahr 2000, durch die die Europäische Kommission die EU zur „wettbewerbsfähigsten Region“ der Welt aufbauen will. Diese Strategie wurde zunehmend auf die Wettbewerbslogik verengt und auf die Spitze getrieben. Das bedeutet: Alle anderen politischen Ziele werden der Herstellung von Wettbewerb und der Förderung von Unternehmensinteressen untergeordnet. Zwar wird die Lissabon-Strategie im Jahr 2010 überarbeitet und in eine neue „Europa 2020“-Strategie überführt. Die Grundorientierung der alten Strategie dürfte aber fortgeschrieben werden, denn die

politischen Kräfteverhältnisse in Europa reichen noch nicht für eine sozial-ökologische Kehrtwende. Die Dominanz eines neoliberalen Standort- und Unterbietungswettbewerbes führte in den EU-Mitgliedsstaaten bereits zu einem Umbau ihrer Sozialsysteme, einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Ganz ähnlich sieht es bei der **Privatisierung öffentlicher Dienste** – sei es die Daseinsvorsorge oder die Alterssicherung – aus. So enthält der Maßnahmenkatalog der Lissabon-Strategie auch die weitere Liberalisierung zentraler Infrastrukturdienste, wie der Postdienste oder der Energieversorgung. Diese Elemente sind gerade auf Druck der deutschen Regierung und in der Umsetzung mit deutscher Vorreiterrolle zum Gegenstand der EU-Wettbewerbspolitik geworden. Bei der konkreten Umsetzung dieser Maßnahmen wird dann aber gerne auf europäische Vorgaben verwiesen: „Das sieht die EU so vor.“

Mit der **„Bolkestein-Richtlinie“** schließlich sollte ein EU-weiter Wett-

Wettbewerbslogik setzt
Binnenmarkt unter Druck

⁴ Angela Merkel in der ARD Talkshow „Anne Will“ am 22. März 2009.

GELD IST NICHT ALLES.

ZENSUR



Damit in unseren Publikationen alles steht,
was wichtig ist. **SPENDEN Sie für WEED**

Diese Broschüre ist nur für Sie kostenlos. Aber die Autoren, unser Büro und die Druckkosten müssen bezahlt werden. Kritische Informationen sind nie kostenlos. WEED benötigt Ihre finanzielle Unterstützung, um weiterhin kritische und unbequeme Broschüren und Hintergrundtexte erstellen zu können. Ihre Spende für WEED ist steuerlich absetzbar, denn wir sind ein gemeinnütziger Verein. Auf <http://www.weed-online.org/about/spenden.html> können Sie bequem online spenden.

Besser als spenden: Werden Sie WEED-Mitglied!

Als Mitglied helfen Sie, dass WEED politisch unabhängig, kritisch und unbequem bleibt. Darüber hinaus informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit, über politische Ereignisse, Entscheidungen und Hintergründe in der Nord-Süd- und Umweltpolitik. Sie erhalten monatlich den Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, ca. 4 – 6 Sonderdienste zu Spezialthemen, sowie einen Mitglieder-Rabatt auf alle Publikationen. Als WEED - Mitglied sind Sie vernetzt mit Aktiven und Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen.

Sie möchten Mitglied werden? Einfach den unten stehenden Coupon ausfüllen und an: WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin senden.

Ja, ich möchte WEED - Mitglied werden! Die Mitgliedschaft beginnt am: 01. _____ 200____, ich zahle:

- 10,40 EUR pro Monat - Standard-Beitrag (124 EUR pro Jahr)
- 5,20 EUR pro Monat ermäßigt (62 EUR pro Jahr) - für StudentInnen, Arbeitslose, etc.
- 300,- EUR pro Jahr Förder-Beitrag (d.h. ich erhalte automatisch jede neue WEED-Veröffentlichung kostenlos, zu allen öffentlichen Veranstaltungen von WEED werde ich persönlich eingeladen.)
- Ich unterstütze WEED zusätzlich, indem ich jährlich _____ spende.

Zahlungsweise: jährlich halbjährlich (nur bei vorliegender Einzugsermächtigung)

Ich erteile WEED bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung für den Mitgliedsbeitrag:

Name der Bank: _____ Konto-Nr.: _____ Bankleitzahl: _____

- Ich bin damit einverstanden, die Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail zu erhalten.
- Ich möchte den Informationsbrief W&E zusätzlich zur gedruckten Ausgabe als PDF per E-Mail erhalten.
- Mir genügt es, den Informationsbrief W&E nur als PDF per E-Mail zu erhalten.

Name, Vorname: _____ Straße, Hausnummer: _____

Postleitzahl, Ort: _____ E-Mail: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

10

Richtlinie abgeschwächt -
doch scharfe Gerichtsurteile

bewerb um die niedrigsten Standards im Dienstleistungssektor eingeführt werden. Nur in Folge heftiger Proteste gerade auch der europäischen Gewerkschaften konnten zumindest die Kollektivvereinbarungen aus dem Deregulierungsmandat der Richtlinie wieder herausgenommen werden. Letztere wurden allerdings von anderer Seite stark angegriffen. In den Jahren 2007 und 2008 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) gleich mehrmals gegen die Grundrechte von gewerkschaftlicher Organisation.⁵

Die EuGH-Urteile: ein Angriff auf Gewerkschafts- und Beschäftigtenrechte in Europa

Der EuGH hat in mittlerweile vier Urteilen (Laval, Viking, Rüffert und Luxemburg) in Bezug auf die Entsendung von ArbeitnehmerInnen die Möglichkeiten für Arbeitsk Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften und das Niveau der zu erreichenden Ziele massiv in Frage gestellt. Involviert sind die Themen: Legitimität von Gewerkschaftsforderungen nach Arbeits- und Entlohnungsbedingungen oberhalb eines Minimums und die Interpretation der EU-Entsende-Richtlinie (96/71) als Rechtsgrundlage für die Festsetzung von Mindestbedingungen trotz ausdrücklicher Nennung des Günstigkeitsprinzips (in Artikel 3 Absatz 7).

Laval: Lettische Bauarbeiter werden nach Schweden entsandt. Nach der Aufforderung der Gewerkschaften zu Tarifverhandlungen wird die Baustelle durch schwedische Bauarbeitergewerkschaft und Elektrikergewerkschaft blockiert. Es kommt zum Vorlageverfahren durch schwedisches Gericht beim EuGH. **Urteil:** Über die EU-Entsende-Richtlinie hinausgehende Anforderungen sind nicht rechtmäßig. Deshalb stellt die Kampfmaßnahme der Gewerkschaften einen Eingriff in die Dienstleistungsfreiheit dar. Der EuGH fällt sein Urteil direkt aus der Anwendung des europäischen Primärrechts nach Artikel 49 EG-Vertrag zur Dienstleistungsfreiheit.

Viking: Eine finnische Fähre zwischen Helsinki (Finnland) und Tallinn (Estland) wird von der finnischen zur estnischen Beflaggung überführt. Die finnische Gewerkschaft fordert Reeder auf, die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen auf finnischem Niveau zu halten. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) fordert alle Gewerkschaften auf, keinen Tarifabschluss abzuschließen und wird daraufhin von dem finnischen Reeder vor einem englischen Gericht verklagt. Dieses leitet das Verfahren im Rahmen eines Vorlageverfahrens an EuGH weiter. **Urteil:** Zum ersten Mal wird in einem EuGH-Urteil das Recht der Gewerkschaften nach Kampfmaßnahmen inklusive des Streikrechts betont, doch wird dies unter das Kriterium der Verhältnismäßigkeit bzgl. der Binnenmarktfreiheiten zur Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit (Artikel 43 und 49 EG-Vertrag) gestellt. Sogar Grundrechte wie die Würde des Menschen müssen in Einklang mit den Binnenmarktfreiheiten gestellt werden. Diese werden in einen Rang von Grundfreiheiten gestellt.

Rüffert: Ein polnisches Bauunternehmen erhält den Unterauftrag eines öffentlichen Auftrags in Niedersachsen und zahlt seinen Arbeiter weit weniger als den örtlichen Tariflohn. Das niedersächsische Tariftreugesetz wird damit verletzt und der Bauunternehmer muss Strafe zahlen. **Urteil:** Beim Vorlageverfahren bei EuGH entscheidet dieser, dass laut EU-Entsende-Richtlinie nur ein gesetzlicher Mindestlohn oder ein als allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag den polnischen Bauunternehmer binden kann. Der fragliche Tarifvertrag unterliegt nicht diesen Bedingungen. Ein Tariftreugesetz für öffentliche Aufträge ersetzt die Anforderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn dadurch nicht. EuGH sagt aus, dass die Nichtnutzung des Lohnkostenvorteils des polnischen Anbieters eine Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit darstellt.

Luxemburg: Dieses **Urteil** wurde nicht im Rahmen eines Vorlageverfahrens eines nationalen Gerichts eingeleitet, sondern beruht auf einem Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission (KOM). Hierdurch drückt sich auch der politische Wille der EU-Kommission aus. Das Urteil stellt die Kontrollauflagen für entsendete ArbeitnehmerInnen unter restriktive Bedingungen und bestätigt die oben dargestellten Urteile.

5 Vgl. Nassibi, Gazaleh/Laufer, Tine (2008): Die EuGH-Urteile gegen ein soziales Europa – FAIRgabe am Ende? WEED-Hintergrund. WEED: Berlin.

Die Global Europe-Strategie ergänzt nun diese Binnenmarkt-Initiativen mit einer außenwirtschaftlichen Komponente. Mit Blick auf die Öffnung des europäischen Binnenmarktes für Importe und Investitionen aus Drittstaaten zählen dazu folgende Maßnahmen:

- *Abbau von Zöllen und Auflagen für Produkte und Investitionen aus Drittstaaten:* Die Öffnung des europäischen Marktes für Exporte und Investitionen aus Drittstaaten mag in einzelnen Fällen die Exportwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken. Vor allem aber nützt sie auch europäischen transnationalen Unternehmen, die Rohstoffe oder arbeitsintensive Produkte aus Drittstaaten zu günstigen Konditionen einführen wollen. Auch die Absenkung europäischer Standards gehört zur Global Europe-Strategie. Das zeigten zum Beispiel die Diskussionen während der Erarbeitung der europäischen Chemikalien-Richtlinie REACH, die dem Umwelt- und Gesundheitsschutz dienen sollte. Insbesondere US-amerikanische Unternehmen, aber auch die europäische Chemie-Lobby leistete massive Lobbyarbeit gegen die Richtlinie. Ihr Argument lautete: Die Richtlinie würde ein Handels- und Investitionshemmnis darstellen, das den Import von Chemikalien erschweren würde. Am Ende wurde die Richtlinie schließlich in einer verwässerten Form verabschiedet. Auch soziale Standards könnten mit dem Argument der Standortsicherung weiter angegriffen werden.
- *Brosamen für die Verlierer – der völlig unzureichende Globalisierungsfonds:* In der Global Europe-Strategie wird nicht verschwiegen, dass einige Wirtschaftssektoren besonders von einer außenwirtschaftlichen Liberalisierung betroffen sein werden. Aus diesem Grund stellt die EU einen „Globalisierungsanpassungsfonds“

bereit, der dann greift, wenn „*weit gehende strukturelle Veränderungen im Welthandelsgefüge zu einer schwerwiegenden Störung des Wirtschaftsgeschehens*“ und zu Massenentlassungen führen.⁶ Der Fonds soll die „Anpassung“ an die neuen weltwirtschaftlichen Bedingungen zumindest vorübergehend mildern. In Deutschland nahm die Bundesregierung diese Hilfe in Anspruch, als das taiwanische Unternehmen BenQ, das die Handysparte von Siemens übernommen hatte, im Jahr 2006 in die Insolvenz ging. Der Fonds stellt zeitlich befristete Mittel zur Verfügung, um die betroffenen Arbeitslosen durch Weiterbildungsmaßnahmen oder Training zum Erlernen von „Unternehmertum“ zu fördern. Dahinter steckt die Vorstellung, dass die Arbeitslosen nur einfach besser geschult werden müssen, damit sie möglichst schnell einen neuen Arbeitsplatz finden. Die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit – ein grundlegender Mangel an Arbeitsplätzen infolge der Ideologie der Wettbewerbsfähigkeit und Standortkonkurrenz – bleiben dabei unberücksichtigt.

Die europäische Wettbewerbsfähigkeit und den Standort EU zu fördern, bedeutet im Binnenmarkt: Alles, was den großen Unternehmen nützt, wird durchgesetzt. Alles, was den Beschäftigten, den Verbrauchern und der Umwelt dient, wird nur dann umgesetzt, wenn es dem Wettbewerb nicht schadet. Genau das sollte aber die Funktion sozialer und umweltpolitischer Regulierungen sein: den ungehemmten Kräften des Wettbewerbs und einem ruinösen Dumpingwettlauf Einhalt zu gebieten.

Global Europe als außenwirtschaftliche Ergänzung der Lissabon-Strategie

Wettbewerbsfähigkeit geht über Beschäftigte, Verbraucher und die Umwelt

6 Europäisches Parlament und Rat (2006): Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Amtsblatt Nr. L 406 vom 30/12/2006 S. 0001 – 0006.

3.2 Liberalisierung in anderen Weltregionen: Aggressiv neue Märkte erobern

Duo Kommission und Unternehmen drängt auf Liberalisierung des Handels und der Investitionen weltweit

Die Interessen der Europäischen Kommission und der europäischen transnationalen Unternehmen nach Liberalisierung und Deregulierung beschränken sich nicht auf die Europäische Union. Der europäische Markt ist in Teilbereichen bereits gesättigt, während in den aufstrebenden Schwellenländern noch zahlreiche neue Märkte und potentielle Kunden locken. Aus diesem Grund drängt das Duo Kommission und Unternehmen auf Marktzugang in diesen Ländern und zwar durch die Liberalisierung des internationalen Handels und der Investitionsbedingungen. Das bedeutet, dass jegliche Regulierungen, die den Handel oder die Investitionstätigkeit einschränken, abgebaut werden sollen. Dabei geht es etwa um Zölle oder Mengenbeschränkungen zur Regulierung des Handels oder um Bestimmungen zur Beschäftigung der lokalen Bevölkerung. Diese Regeln können dazu dienen, die lokale Produktion beschäftigungsintensiver Branchen zu schützen. Aus freihändlerischer Perspektive gelten diese Auflagen allerdings allein als „Handelshemmnisse“. Das wichtigste Instrument dafür sind Freihandelsabkommen, durch die eine einmal vereinbarte Liberalisierung auf internationaler Ebene rechtlich festgeschrieben und damit nicht mehr zurückgenommen werden kann. Wenn eine Regierung ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, nimmt sie sich und zukünftigen Regierungen die Möglichkeit, ihren Außenhandel und die Ansiedlung von Unternehmen umfassend zu regulieren.

Folgende Themen werden in der Regel in den Freihandelsabkommen verhandelt:

- der Abbau aller denkbarer „Handelshemmnisse“ in den Zielländern europäischer Exporte – von **Zöllen** über Mengenbeschränkungen bis hin zu **Sozialstandards**: Dadurch werden den Zielländern wichtige Instrumente zum Schutz beschäftigungsintensiver Sektoren oder sich noch entwickelnder Wirtschaftssektoren genommen.
- die Sicherung eines ungehinderten **Zugang zu Rohstoffen** durch den

Abbau von Exportbeschränkungen in rohstoffreichen Ländern und Regionen. Dies ermöglicht transnationalen Konzernen, Bodenschätze billiger auszuführen. Die Folge sind häufig Raubbau, Umweltzerstörungen und Landvertreibungen.

- der verschärfte Schutz so genannter „geistiger Eigentumsrechte“ von Unternehmen, insbesondere **Patente zur Sicherung von Monopolprofiten**: Besonders brisant sind Patente auf Medikamente, die sich US-amerikanische und europäische Pharmakonzerne sichern, da sie den Zugang zu lebensrettenden und lokal produzierten billigeren Medikamenten erschweren können.
- die beschleunigte **Öffnung von Dienstleistungsmärkten** einschließlich sensibler Bereiche der Daseinsvorsorge und Infrastruktur: Damit verbunden sind häufig Privatisierungen, so z.B. der Wasser- und Energieversorgung.
- die Durchsetzung ungehinderter Niederlassungsfreiheit durch die **Liberalisierung der Investitionsregime**: Ausländische Investoren schaffen nicht notwendigerweise Wohlstand, sondern tragen auch zur Verdrängung lokaler Strukturen bei und führen häufig ihre Profite ins Heimatland zurück. Damit ausländische Investitionen die Entwicklung befördern, müssen sie umfassend reguliert werden.
- die Liberalisierung **öffentlicher Beschaffungsmärkte** für EU-Exporteure: Die öffentliche Beschaffung, das heißt der Einkauf und die Auftragsvergabe durch den Staat, dient häufig als Steuerungsinstrument, um die Beschäftigung in ländlichen, ärmeren Regionen zu fördern. Dies könnte durch eine Liberalisierung unter Druck geraten.

Als zentrales Forum zur Aushandlung von Freihandelsvereinbarungen auf internationaler Ebene diente lange Zeit vor allem die Welthandelsorganisation WTO mit ihren 150 Mitgliedsstaaten. In der WTO stieß die Europäische

Kommission mit ihren Forderungen nach erweitertem Marktzugang allerdings zunehmend auf Widerstand, insbesondere bei den Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Regierungen dieser Länder befürchteten eine wachsende Konkurrenz durch den Zufluss ausländischer Produkte und die Ansiedlung starker transnationaler Konzerne. Liberalisierungsverpflichtungen im Rahmen von Freihandelsabkommen bedeuten einen Verlust von Handlungsspielräumen zur Steuerung und Förderung der eigenen Wirtschaft, was besonders für ärmere Länder von großer Bedeutung ist.

Nachdem die aktuellen WTO-Verhandlungen nun mittlerweile seit mehreren Jahren stocken, forderten die weltmarktorientierten Konzerne in der EU neue Wege zur Absicherung der europäischen Expansionsinteressen. Um die langwierigen konfliktreichen Aushandlungsprozesse innerhalb der WTO zu umgehen, setzt die Europäische Union daher zunehmend auf sogenannte bilaterale Freihandelsabkommen, die nur zwischen zwei Ländern oder Regionen abgeschlossen werden. Aus diesem Grund initiierte die Europäische Kommission im Rahmen der Global Europe-Strategie eine neue Generation bilateraler Freihandelsabkommen. Im Fokus der EU-Außenhandelspolitik stehen vor allem die sich dynamisch entwickelnden Weltregionen und Schwellenländer, insbesondere die „Herausforderer-Länder“ China und Indien, aber auch Südkorea, die Golfstaaten, Russland sowie die asiatische Freihandelszone ASEAN (Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Brunei, Vietnam, Myanmar, Laos) und der südamerikanische Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela). Wo es politisch opportun ist, sollen aber auch mit kleineren Ländern, etwa denen in Zentralamerika und im Andenraum (Kolumbien, Peru) neue Handelsverträge geschlossen werden. Ziel ist es, die Märkte dieser Länder für europäische Unternehmen zu öffnen – und zwar sowohl für deren ausländische Niederlassungen als auch als neue Absatzmärkte für europäische Exporte.

Im Ergebnis entsteht durch die Aushandlung von Freihandelsabkommen eine neoliberale Weltwirtschaftsverfas-

sung auf mehreren Ebenen, durch die marktliberale Prinzipien in internationales Recht gegossen werden. Wettbewerbspolitik zugunsten transnationaler Unternehmen hat hier Vorrang – andere Regeln und Standards im Interesse von guter Arbeit oder Klimaschutz spielen in dieser „Verfassung“ allenfalls eine Nebenrolle. Würde man diese Konstellation mit der deutschen Verfassung vergleichen, hieße das, dass allein das Wirtschaftsministerium mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet ist, während die Ministerien für Umwelt und Arbeit kleine unverbindliche Gesprächsrunden wären. Die Grundrechte bestünden allein aus Wettbewerbsregeln, während Sozial- und Umweltstandards völlig bedeutungslos wären.

Die EU stieß nicht nur in der WTO auf Widerstand. Nach Konflikten zwischen den Verhandlungsparteien kam es zu Konflikten, wodurch die Verhandlungen verzögert oder sogar vorübergehend ausgesetzt wurden. Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise versucht die EU nun ihren Druck auf die Verhandlungspartner zu erhöhen. Doch in vielen Ländern wachsen die Widerstände weiter – und zwar nicht allein von Regierungsseite, sondern vor allem auch in der Zivilgesellschaft. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften befürchten dramatische negative Auswirkungen:

- Deregulierung zulasten der Armen – das Beispiel Indien: Nach der Unabhängigkeit Indiens wurde der indische Bankensektor nicht nur zu großen Teilen verstaatlicht, sondern auch im Interesse der armen Bevölkerung stark reguliert. Banken waren dazu verpflichtet, günstige Kredite zu vergeben und Filialen in ländlichen und ärmeren Regionen zu eröffnen. Seit den 1990er Jahren setzte ein Liberalisierungsprozess ein: Der indische Markt wurde verstärkt für ausländische Banken geöffnet und die vormals strengen Auflagen wurden vor allem für diese Banken aufgeweicht. Dadurch können sich vor allem die ausländischen Banken nun auf die reichen, profitablen Kunden konzentrieren. Dieser Trend wurde durch die WTO verstärkt und rechtlich festgeschrieben. Liberalisierung des Bankensektors in Indien er-

WTO-Verhandlungen
stocken – EU setzt
auf bilaterale
Freihandelsabkommen

schwert ärmeren Menschen den Zugang zu Krediten Aktuell strebt die Europäischen Kommission und der Europäische Bankenverband danach, den indischen Bankensektor noch weiter für ausländische Banken zu öffnen. Doch die Auswirkungen auf die arme Bevölkerung sind dramatisch: Viele ärmere Menschen bekom-

men keine Kredite bei diesen Banken. Und die indischen Banken sind insbesondere im ländlichen Raum auf dem Rückzug. Ist die EU mit ihren Forderungen nach einer weiteren Liberalisierung und Deregulierung erfolgreich, wird sich diese Situation weiter verschärfen.



Foto: FDI Watch India

Rahul kommt ursprünglich aus einem Dorf in Madhya Pradesh in Indien und gehört der Kaste der sogenannten „Unberührbaren“ an. Seit einigen Jahren arbeitet er nun in Delhi in einem Computerladen. Als er einen Kredit beantragen wollte, wurde er sowohl bei Barclays als auch bei HSBC, zwei britischen Banken, abgelehnt. Als er schließlich die indische Bank Syndicate fragte, bekam er, was er brauchte. Er sagt: *„Die gesamte Struktur und Prozedur der Kreditvergabe in den ausländischen Banken steht den Interessen der Mehrheit der indischen Gesellschaft entgegen. Sie scheren sich nicht um die Kleinverdiener.“*⁷

EU erfolgreich gegen Re-Regulierung ausländischer Einzelhandelsketten in Thailand

- Thailand wurde der Einzelhandelssektor seit den späten 1980er Jahren schrittweise dereguliert und für ausländische Unternehmen geöffnet. In der Folge mussten zahlreiche kleinere traditionelle Geschäfte schließen. Denn große Supermarktketten verdrängten sie vom Markt. Kleinen Händlern und ihren Familien ging damit die Existenzgrundlage verloren, und sie gerieten in Armut. Es kam zu großen Protesten gegen Tesco und andere europäische Einzelhandelskonzerne. Daraufhin gab es in Thailand Gesetzesinitiativen, um die massive Expansion von ausländischen Einzelhandelsketten aufzuhalten und auf diese Weise den lokalen kleinteiligen Einzelhandel wieder zu stärken. Die Europäische Kommission drängte darauf, die Re-Regulierungsversuche im Interesse ihrer großen Einzelhandelsketten zu untergraben. Dazu stellte sie zunächst Marktöffnungsforderungen im Rahmen der WTO-Dienstleistungsverhandlungen (GATS). Auch in den aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und den ASEAN-Staaten, zu denen auch Thailand zählt, drängt die europäische Einzelhandelslobby auf weitere Marktöffnungsverpflichtungen. Die Forderungen der EU zeigten bereits Wirkung: Der thailändische Gesetzesentwurf zur Regulierung des Einzelhandels wurde abgeschwächt, um – so sagt es die Regierung – ausländische Investoren nicht zu verschrecken. Thailand ist kein Einzelfall: Auch in Indien protestieren kleinere Händler oder Bauernvereinigungen gegen die Ansiedlung zum Beispiel des deutschen Einzelhandelsunternehmens Metro, während gleichzeitig die EU auf eine stärkere Marktöffnung drängt. Aktuell versucht sich Metro – mit Unterstützung der Europäischen Investitionsbank – auf dem vietnamesischen Markt zu etablieren.
- *Verlust von Arbeitsplätzen als Liberalisierungsfolge:* Die Liberalisierung der Handels- und Investitionsbeziehungen im Rahmen von Freihandelsabkommen führt dazu, dass die einheimische Wirtschaft „niederkonkurriert“ wird. Arbeitslosigkeit und wachsende Armut sind die Folge. Dies geht unter anderem aus den Berichten hervor, die die Europäische Kommission in Auftrag gegeben hat, um die Ergebnisse der Freihandelsverhandlungen einzuschätzen.⁸ Für

⁷ Vgl. Cann, Vicky (2009): Taking the credit. How financial services liberalisation fails the poor. London: WDM, S. 35.

⁸ Vgl. SIA-EMFTA Consortium (2006): Sustainability Impacts of the Euro-Mediterranean Free Trade Area: Final Report on Phase 2 of the SIA-EMFTA Project, SIAEMFTA Consortium, S. 19.

die geplanten und mittlerweile auf Eis gelegten Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela) wurden darin Arbeitsplatzverlust in nahezu allen Bereichen des Industriesektors prognostiziert. Im Automobilssektor beispielsweise werden Verluste von 9,9% in Argentinien, 28,6% in Brasilien, 41,6% in Uruguay und 66,4% in Paraguay vor-

hergesagt.⁹ Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Sektor bereits jetzt sehr hoch. Auch für Indien, d.h. einem Land, in dem 90% aller erwerbsfähigen Menschen im informellen Sektor tätig sind, sagt die Europäische Kommission Arbeitsplatzverluste in Folge weiterer Handels- und Investitionsliberalisierung voraus.¹⁰

- *Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur*: Der Abbau von Handels-

Europäische Kommission:
massive Arbeitsplatzverluste



Matthews Nkhoma, Straßenschneider in Lusaka/Sambia, engagiert sich im AZIEA-Netzwerk, das sich für die Rechte der Beschäftigten im informellen Sektor einsetzt. Die Europäische Union verhandelt derzeit im Rahmen der sogenannten EPA-Verhandlungen (Economic Partnership Agreement) auch über weitere Marktöffnungen in Sambia. Nkhoma berichtet von dem Druck, der durch ausländische Investoren ausgeübt wird: *„Die sogenannten ‚Investoren‘ setzen uns sehr unter Druck. Anstatt Rohstoffe zu liefern, die wir selbst weiterverarbeiten könnten, bringen sie Fertigwaren ins Land und verkaufen sie zu Billigpreisen. Als Straßenschneider können wir mit der billigen Kleidung nicht konkurrieren. Unsere Nähmaschinen sind schlecht und daher sehen unsere Waren im Vergleich schlecht aus. Wir haben wirklich viel verloren durch die ausländischen Investoren.“*¹¹

Foto: Paul Weinberg

schränken führt nicht zwangsläufig zur Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur. Doch in Verbindung mit der Armut öffentlicher Haushalte und Steuerunterbietungskonkurrenz wächst der Druck zum Ausverkauf von kommunalen und staatlichen Infrastrukturdienstleistern. Marktöffnungen in diesen sensiblen Sektoren der Daseinsvorsorge dienen objektiv dazu, europäischen Konzernen den Zugang in zuvor häufig öffentlich organisierten Bereichen zu erleichtern und fördern damit die Privatisierungstendenzen in den jeweiligen Ländern. Selbst die Weltbank geht

mittlerweile davon aus, dass Privatisierungen im Wassersektor Nachteile mit sich bringen: *„Der private Betreiber streicht alle Gewinne in Form von Profiten ein und gibt sie nicht an die Verbraucher weiter.“*¹² In vielen Ländern, so beispielsweise in den zentral-amerikanischen Ländern Nicaragua und Costa Rica, haben sich folglich breite Anti-Privatisierungskoalitionen herausgebildet. Dennoch sind öffentliche Dienstleistungen nicht explizit aus den aktuellen Freihandelsverhandlungen zwischen der EU und Zentralamerika ausgenommen.

9 Vgl. War on Want (2009): Taking Away Our Jobs. How free trade threatens employment around the world. War on Want/WEED/WIDE: London, S. 20.

10 Ebd.: S. 21.

11 Ebd.: S. 7.

12 Gassner, Katharina/Popov, Alexander/Pushak, Nataliya (2009): Does private sector participation improve performance in electricity and water distribution? World Bank: PPIAF Trends and policy options, Nr. 6, S. 49.



Foto: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Der salvadorianische Ökonom **Raúl Moreno** ist Mitglied in der Alianza Social Continental, einem gesamtamerikanischen Netzwerk aus Gewerkschaften, NGOs und sozialen Bewegungen. Das Netzwerk hat sich im Jahr 1997 als Forum der Gegenbewegungen gegen Freihandelsabkommen in der Region gegründet. Moreno befürchtet unter anderem eine weitere Privatisierungswelle in Zentralamerika: „Das Wasser ist eine strategische Ressource die des Schutzes durch den Staat bedarf. Gleichwohl passt dies nicht in die Logik des Assoziierungsabkommens [das das Freihandelsabkommen zwischen Zentralamerika und der EU einschließt], denn jede Maßnahme, die den Gebrauch dieser Ressource als handelbares Gut behindert, kann als indirekte Enteignung interpretiert werden, wodurch die Staaten sich der Gefahr der Strafverfolgung vor internationalen Schiedsgerichten aussetzen.“¹³

4. Neuorientierung der Handelspolitik: Gute Arbeit statt Standortkonkurrenz!

Eine sinnvolle und menschenwürdige Handels- und Investitionspolitik muss sich an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen orientieren und nicht an den Profitinteressen der großen Unternehmen. Eine zukunftsfähige Handels- und Investitionspolitik sollte danach bemessen werden, ob sie gute Arbeitsplätze schafft, die Bedürfnisse der Menschen nach sozialer Sicherung befriedigt und die Umwelt nicht zerstört. Die Global Europe-Strategie und das deutsche Exportmodell weisen in eine andere Richtung: Die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ wird über Standortkonkurrenz und Dumping bei Beschäftigungsbedingungen und Standards auf dem Rücken der Menschen, insbesondere der Armen, ausgetragen. Jenseits der einseitigen Orientierung auf Exportüberschüsse und einer zerstörerischen Standortkonkurrenz sollten politische Entscheidungsträger und Gewerkschaften sich für eine Gestaltung der Wirtschaft einsetzen, die die Binnennachfrage durch Umverteilungspolitik und Lohnerhöhungen ankurbelt.

Statt einer Fortführung der bisherigen Freihandelspolitik brauchen wir eine Neuorientierung der Handels- und Investitionspolitik. Die derzeit viel diskutierte Re-Regulierung der Finanzmärkte muss mit einer Re-Regulierung

der Weltwirtschaft einhergehen. Diese kann ganz konkret mit einer Umkehr der deutschen und europäischen Außenwirtschaftspolitik beginnen. Maßstab sollte dabei sein, dass Arbeitsrechte, Sozial- und Umweltstandards Vorrang vor Wettbewerbsregeln erhalten.

Wie gefährlich eine einseitig exportabhängig Wirtschaft ist, zeigt sich noch einmal besonders in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die Alternative heißt: Binnennachfrage stärken durch Umverteilung von oben nach unten. Zum umfassenden Ausbau des privaten Konsums und der heimischen Dienstleistungen müssen vor allem die Arbeitseinkommen und der Sozialstaat gestärkt werden. Befristungen, Leiharbeit und Minijobs müssen massiv zurückgedrängt werden. Das Arbeitslosengeld II muss deutlich erhöht und ein Zumutbarkeitsschutz für Jobs eingeführt werden. Vor allem brauchen wir endlich den gesetzlichen Mindestlohn. Ein staatliches Zukunftsprogramm **für Arbeit, Bildung und Umwelt** in Höhe von 100 Milliarden Euro würde zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen und sichern. Deutschland braucht eine stärkere Binnennachfrage. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, um internationale Ungleichgewichte abzubauen und zukünftigen Wirtschaftskrisen vorzubeugen.

Eine zukunftsfähige Regulierung der Weltwirtschaftsordnung zielt also auf die Förderung von sozialen und ökolo-

Gute Arbeitsplätze,
Bedürfnisse der Menschen
und Umwelt als Messlatte
für eine zukunftsfähige
Handels- und
Investitionspolitik

13 „Eine neue Form der Plünderung“. Interview mit Raúl Moreno. In: iz3w, Jan/Feb. 2009, S. 310.

GELD IST NICHT ALLES.

ZENSUR



Damit in unseren Publikationen alles steht,
was wichtig ist. **SPENDEN Sie für WEED**

Diese Broschüre ist nur für Sie kostenlos. Aber die Autoren, unser Büro und die Druckkosten müssen bezahlt werden. Kritische Informationen sind nie kostenlos. WEED benötigt Ihre finanzielle Unterstützung, um weiterhin kritische und unbequeme Broschüren und Hintergrundtexte erstellen zu können. Ihre Spende für WEED ist steuerlich absetzbar, denn wir sind ein gemeinnütziger Verein. Auf <http://www.weed-online.org/about/spenden.html> können Sie bequem online spenden.

Besser als spenden: Werden Sie WEED-Mitglied!

Als Mitglied helfen Sie, dass WEED politisch unabhängig, kritisch und unbequem bleibt. Darüber hinaus informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit, über politische Ereignisse, Entscheidungen und Hintergründe in der Nord-Süd- und Umweltpolitik. Sie erhalten monatlich den Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, ca. 4 – 6 Sonderdienste zu Spezialthemen, sowie einen Mitglieder-Rabatt auf alle Publikationen. Als WEED - Mitglied sind Sie vernetzt mit Aktiven und Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen.

Sie möchten Mitglied werden? Einfach den unten stehenden Coupon ausfüllen und an: WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin senden.

Ja, ich möchte WEED - Mitglied werden! Die Mitgliedschaft beginnt am: 01. _____ 200____, ich zahle:

- 10,40 EUR pro Monat - Standard-Beitrag (124 EUR pro Jahr)
 5,20 EUR pro Monat ermäßigt (62 EUR pro Jahr) - für StudentInnen, Arbeitslose, etc.
 300,- EUR pro Jahr Förder-Beitrag (d.h. ich erhalte automatisch jede neue WEED-Veröffentlichung kostenlos, zu allen öffentlichen Veranstaltungen von WEED werde ich persönlich eingeladen.)
 Ich unterstütze WEED zusätzlich, indem ich jährlich _____ spende.

Zahlungsweise: jährlich halbjährlich (nur bei vorliegender Einzugsermächtigung)

Ich erteile WEED bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung für den Mitgliedsbeitrag:

Name der Bank: _____ Konto-Nr.: _____ Bankleitzahl: _____

- Ich bin damit einverstanden, die Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail zu erhalten.
 Ich möchte den Informationsbrief W&E zusätzlich zur gedruckten Ausgabe als PDF per E-Mail erhalten.
 Mir genügt es, den Informationsbrief W&E nur als PDF per E-Mail zu erhalten.

Name, Vorname: _____ Straße, Hausnummer: _____

Postleitzahl, Ort: _____ E-Mail: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und eine Sozialklausel müssen Grundlage für den Welthandel werden.

Es geht um folgende Rechte:

Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen:

Die einschlägigen IAO-Übereinkommen 87 (von 1948) und 98 (von 1949) normieren u. a.

- das Recht aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber, aus freien Stücken Interessenvertretungen zu gründen und diesen beizutreten;
- die Sicherung der Handlungsfähigkeit und den Schutz solcher Organisationen vor staatlichen Eingriffen;
- den Schutz vor Diskriminierung wegen Zugehörigkeit zu einer Interessenvertretung;
- die Förderung von Kollektivverhandlungen.

Abschaffung von Zwangs- und Pflichtarbeit:

Grundlegend sind hier die IAO-Übereinkommen 29 (von 1930) und 105 (von 1957), die ein Verbot jeglicher Form von Zwangsarbeit (mit Ausnahmeregelungen im militärischen Bereich, bei Naturkatastrophen oder Kriegen) enthalten.

Abschaffung der Kinderarbeit:

Die entsprechenden IAO-Übereinkommen 138 (von 1973) und 182 (von 1999) normieren

- ein Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (auf keinen Fall unter 15 Jahren);
- das Verbot und die Verpflichtung zu unverzüglichen Maßnahmen gegen „die schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ (z. B. Sklaverei, Schuldknechtschaft, Prostitution, Drogenhandel).

Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf:

Inhalt der diesem Prinzip zugrunde liegenden IAO-Übereinkommen 100 (von 1951) und 111 (von 1958) ist u. a.

- die Beseitigung von Diskriminierung beim Zugang zur Beschäftigung, bei der Ausbildung und den Arbeitsbedingungen aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung und nationaler oder sozialer Herkunft;
- die Verpflichtung zur Sicherung von Chancengleichheit und Gleichbehandlung und
- die Gewährleistung der Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Beschäftigter für gleichwertige Arbeit.

Diese Kernarbeitsnormen sind das absolute Mindestmaß an global geltenden Verboten und ermöglichenden Rechten. Sie gelten auch für Länder, die die acht Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben. Die vier Grundprinzipien beschränken sich nicht auf die acht Kern-Übereinkommen; als tragende Orientierungs- und Handlungsmaximen der IAO. Sie durchziehen eine Vielzahl anderer Übereinkommen und Empfehlungen. Bislang haben über 100 IAO-Mitgliedsstaaten alle Kern- oder Menschenrechtsübereinkommen ratifiziert. Zu ihnen gehört auch Deutschland. Weitere grundlegende Arbeitsrechte sind ebenfalls in IAO-Übereinkommen vereinbart. Zusätzlich zu den Kernarbeitsnormen wird ihre weltweite Anwendung vom Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG) seit 1997 als **Sozialstandard** gefordert:

- Zahlung existenzsichernder Löhne (nicht nur der gesetzlichen Mindestlöhne, die in vielen Ländern nicht zum Überleben ausreichen);
- Keine überlangen Arbeitszeiten (nicht mehr als 48 Stunden/Woche, mindestens ein freier Tag pro Woche. Nicht mehr als 12 Überstunden/Woche und nur auf freiwilliger Basis und bei zusätzlicher Bezahlung);
- Menschenwürdige Arbeitsbedingungen (Gesundheits- und Sicherheitsschutz am Arbeitsplatz, Verbot von körperlicher Misshandlung, sexueller Belästigung und Einschüchterung);
- Ein festes Beschäftigungsverhältnis (arbeits- und sozialrechtliche Verpflichtungen).

gischen Belangen ab. Ein sozial-ökologischer Strukturwandel kann über eine ökologische Industriepolitik und Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur umgesetzt werden. Diese Neuorientierung darf nicht durch globale Handelsregeln verhindert werden, in der solche Maßnahmen als „Handelshemmnisse“ oder „Protektionismus“

gebrandmarkt werden. Daher sind Gewerkschaften, soziale Bewegungen und andere kritische Akteure gefragt, sich für eine andere europäische Handels- und Investitionspolitik stark zu machen – eine Handels- und Investitionspolitik, die gute Arbeit, die Bedürfnisse der Menschen und die Umwelt in den Vordergrund stellt.

Literatur

Cann, Vicky (2009): Taking the credit. How financial services liberalisation fails the poor. London: WDM.

Europäisches Parlament und Rat (2006): Verordnung (EG) Nr. 1927/2006 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Amtsblatt Nr. L 406 vom 30/12/2006.

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2009): Europe in recession: Employment initiatives at company and Member State level. Dublin.

Frauensolidarität (2008): FAQ. Arbeitsrechte für Frauen in der informellen Wirtschaft. Wien.

Gassner, Katharina/Popov, Alexander/Pushak, Nataliya (2009): Does private sector participation improve performance in electricity and water distribution? World Bank: PPIAF Trends and policy options, Nr. 6.

Nassibi, Gazaleh/Laufer, Tine (2008): Die EuGH-Urteile gegen ein soziales Europa – FAIRgabe am Ende? WEED-Hintergrund. WEED: Berlin.

SIA-EMFTA Consortium (2006): Sustainability Impacts of the Euro-Mediterranean Free Trade Area: Final Report on Phase 2 of the SIA-EMFTA Project, SIAEMFTA Consortium.

War on Want (2009): Taking Away Our Jobs. How free trade threatens employment around the world. War on Want/WEED/WIDE: London.

Zum Weiterlesen:

CorA/INKOTA-netzwerk/WEED (2009): Gute Arbeit, schlechte Arbeit: Decent Work und der Kampf um eine würdige Beschäftigung weltweit. INKOTA-Dossier 6. Berlin.

EED/WEED (2009): Briefings zu handelspolitischen Themen (<http://www.weed-online.org/themen/wto/3304477.html>).

Fuchs, Peter (2007): Global Europe – Die neue EU-Handelspolitik im Wahn der Wettbewerbsfähigkeit. Forum Umwelt und Entwicklung: Bonn (www.forumue.de).

ver.di (2008): Einem sozialen Europa eine Zukunft geben. Manifest zur Europapolitik. Grundzüge eines alternativen Wirtschafts- und Sozialmodells für die EU. Berlin.

War on Want (2009): Taking Away Our Jobs. How free trade threatens employment around the world. War on Want/WEED/WIDE: London.

WTO/ILO (2009): Globalization and Informal Jobs in Developing Countries. Genf.

Broschüren von ver.di zur Globalisierungskritik und zur Liberalisierung im Welthandel:

<https://international.verdi.de/globalisierung/broschueren>

außerdem **weitere Informationen** unter: www.wipo.verdi.de.

Webseiten:

www.eed.de/welthandel

www.etuc.org

www.global-unions.org und www.decentworkcheck.org

www.gute-arbeit-weltweit.de

www.ilo.org/decentwork

www.ituc-csi.org

www.verdi.de

www.weed-online.org

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

WEED wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation. Wir sind mit dem Ziel angetreten, in Deutschland über die Ursachen der weltweiten Armuts- und Umweltprobleme sowie über wirksame Reform- und Transformationsvorschläge aufzuklären. WEED engagiert sich in lokalen, nationalen und internationalen Kampagnen und Netzwerken. Wir führen Initiativen aus Nord und Süd zusammen.



Themenschwerpunkte:

- Finanzkrise und Finanzmarktregulierung
- Konzernkritik/Wertschöpfungsketten
- Internationale Handels- und Investitionspolitik
- Klima- und Ressourcengerechtigkeit

Die Instrumente unserer Arbeit:

- Wir erstellen Recherchen, Hintergrundmaterialien und Arbeitspapiere.
- WEED führt Kampagnen durch, informiert politische Entscheidungsträger und interveniert in politische Entscheidungsprozesse.
- Wir wollen Bewusstsein schaffen durch die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Tagungen. Wir kooperieren intensiv mit Medien und betreiben Öffentlichkeitsarbeit.
- WEED arbeitet in nationalen und internationalen NRO-Netzwerken mit.

Schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an:

WEED

Eldenaer Str. 60, D-10247 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 - 21 63

Fax: +49 - (0)30 - 27 59 - 69 28

weed@weed-online.org

www.weed-online.org

WEED bewegt – bewegen Sie WEED!

Unterstützen Sie die Arbeit von WEED und spenden Sie:

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00)

Konto-Nr. 3220600

oder online spenden

www.weed-online.org/about/spenden/index.html

Werden Sie Mitglied:

Einfach das Formular zum Beitritt unter

www.weed-online.org/about/join.html ausfüllen.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)



In der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft haben sich über zwei Millionen Beschäftigte aus mehr als 1.000 Berufen organisiert. Wir kämpfen für eine sozial gerechtere Welt, die allen gute Entwicklungschancen bietet und in der die Umwelt geschont wird.

ver.di bekennt sich zu den Grundsätzen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats.

ver.di ist unabhängig von Arbeitgebern, Parteien, Religionsgemeinschaften und staatlichen Organen.

ver.di vertritt und fördert die wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder.

Konkret bedeutet dies insbesondere:

- Ausbau und Verteidigung der Demokratie
- Mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen
- Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in den Betrieben und Verwaltungen
- Abschließen von Tarifverträgen, Verteidigung des Streikrechts
- Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft
- Toleranz und gleiche Rechte, unabhängig von Religion, Geschlecht, Abstammung, Nationalität oder sexueller Orientierung
- Eintreten für die Meinungsfreiheit
- Interessenvertretung für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Bildungs- und Kulturarbeit
- Rechtsschutz
- Stärkung der internationalen Gewerkschaftsarbeit
- Solidarität.

Eine starke Gewerkschaft braucht Mitglieder. Online-Beitritt und Beitrittsformular unter:

<https://mitgliedwerden.verdi.de/>



weed



ISBN: 978-3-937383-65-1